

Ausschuss für Inneres und Sport

(62. Sitzung am 9. September 2015)

Beratungsthemen:

Außerhalb der Tagesordnung

Der Ausschuss bat um eine Unterrichtung durch die Landesregierung über die Einrichtung einer Sonderkommission „Asyl“ zur Bekämpfung der Kriminalität im Umfeld der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Braunschweig sowie über die erhöhte Polizeipräsenz an den Erstaufnahmeeinrichtungen in Friedland und Bramsche.

Öffentlicher Sitzungsteil

1. Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Meldewesens in Niedersachsen (NMeldNOG)

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/3689](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 2 des GBD zuzüglich einiger weiterer Änderungen anzunehmen.

Der Ausschuss verständigte sich auf einen schriftlichen Bericht. Die Berichterstattung übernahm Abg. Meta Janssen-Kucz (GRÜNE). Der Ausschuss regte gegenüber dem Ältestenrat an, der Berichterstatteerin in der Plenarsitzung Gelegenheit zu geben, das Ergebnis der Beratungen mündlich vorzutragen und im Übrigen auf eine Aussprache zu verzichten.

2. a) Entwurf eines Gesetzes über die Neubildung der Gemeinde Cadenberge, Landkreis Cuxhaven

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/4110](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung und erörterte die Grundzüge des Gesetzentwurfs.

b) Entwurf eines Gesetzes über die kommunale Neuordnung der Landkreise Göttingen und Osterode am Harz

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/4109](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung und erörterte die Grundzüge des Gesetzentwurfs. Zum weiteren Verfahren verständigte er sich darauf, die kommunalen Spitzenverbände zu einer mündlichen Anhörung einzuladen. Als Termin nahm er den 22. Oktober 2015 in Aussicht.

3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung personalvertretungsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/3759](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung und erörterte Verfahrensfragen. Er kam überein, eine mündliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen und bat die innenpolitischen Sprecher der Fraktionen, sich am Rande der Plenarsitzung am 10. September 2015 über den Kreis der Anzuhörenden zu verständigen. Als Termin für die Anhörung nahm der Ausschuss den 22. Oktober 2015 in Aussicht.

4. **Bürokratie abbauen - Ausländerbehörden effizienter machen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/2312](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er verständigte sich darauf, die weitere Beratung des Antrags mit Blick auf die aktuelle Flüchtlingssituation vorerst zurückzustellen.

5. **„Vorausschauende Polizeiarbeit“ ermöglichen - Einbruchskriminalität effektiver bekämpfen - Menschen in Niedersachsen vor Einbrecherbanden schützen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/3556](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung und erörterte Verfahrensfragen. Er bat um eine Unterrichtung durch die Landesregierung sowie durch die Landesbeauftragte für den Datenschutz zum sogenannten Predictive Policing und zu entsprechender Analyse-Software. Als Termin nahm er den 24. September 2015 in Aussicht.

6. **Einbruchskriminalität effektiv bekämpfen - Beute zurückgeben**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/1971](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung fort. Er kam überein, eine mündliche Anhörung zu dem Antrag durchzuführen und bat die innenpolitischen Sprecher der Fraktionen, sich am Rande der Plenarsitzung am 10. September 2015 über den Kreis der Anzuhörenden zu verständigen.

7. **Asylrecht anpassen - Kosovo und Albanien müssen als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/3679](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung.

8. **Vorbereitung einer Informationsreise nach Rumänien und Bulgarien, Besprechung von Terminangelegenheiten**

Als Termin für die geplante Informationsreise nach Rumänien und Bulgarien nahm der Ausschuss den 17. bis 22. April 2016 in Aussicht. Programmvorschläge sollen der Landtagsverwaltung bis zum 8. Oktober 2015 mitgeteilt werden. Einer Einladung des Innensensors der Freien und Hansestadt Hamburg folgend, kam der Ausschuss überein, am 23. November nach Hamburg zu reisen, um sich dort im Vorfeld der Bürgerbefragung über den aktuellen Stand der Bewerbung der Stadt für die Olympischen Spiele 2024 unterrichten zu lassen.

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

9./10. **Eingaben**

Der Ausschuss behandelte zwei Eingaben.